



Das Reichsbanner

Nr. 10 · Oktober 1968 · 12. Jahrg.

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E. V. UND DES FREIHEITSBUNDES E. V. BERLIN

Staatserhaltend? Warum?

Von Heinz Winfried Sabais

Wer oder was staatserhaltend ist, kann bei den Jungrevolutionären auf kein Verständnis hoffen. Sie möchten, wenn auch nur mehr oder minder unklar, den Staat völlig in die Gesellschaft auflösen, die sich dann durch eine Art Räteystem selbst regieren soll. Wie, das bleibt unklar. Die parlamentarische Demokratie, die ihre Mängel und Probleme zum Unterschied von jeder Diktatur offen auf den Tisch legt, hat bei den Revolutionären aller Schattierungen keine Chance mehr. Umso besser, daß sich diesen Revolutionären deutlich zeigt, wie hilflos sie in der dünnen Luft der Theorie hängengeblieben sind. Ohne revolutionäre Situation und ohne Massenbasis — es bliebe ihnen nur noch der Staatsstreich. Manche sprechen davon wie von einem Sonntagsausflug. Diese Romantiker werden leider nicht anders zu belehren sein, als daß man ihnen das Risiko politischer Abenteuer deutlich macht. Gewalt muß mit Gegengewalt rechnen. Der Staatsstreich gegen die Demokratie muß teurer werden als für Lenins Bolschewiki, die unter der Parole „Alle Macht den Räten!“ ein Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem etablierten, das heute jeder freien Regung nur mit Ohrfeigen und Panzern begegnet. Ginge es nach Marx, müßte Breschnew und nicht Dubcek aller Macht entkleidet werden. Aber wer hätte die Macht dazu, den Mißbrauch der Sowjetmacht zu verhindern?

Allein die parlamentarische Demokratie hat geschichtliche Beweise dafür erbracht, daß sie die konkreten Rechte des Staatsbürgers zu garantieren vermag, daß sie den Mißbrauch politischer Macht verhindern kann. Freilich muß sie in Kompromissen fortschreiten. Dies können ihr allein pure Idealisten und Fanatiker vorwerfen, die eines Tages naturnotwendig als Fürsprecher einer „Erziehungsdiktatur“ über das Volk ihre Intoleranz entlarven. **Es gibt kein gesellschaftliches Harmonie-Modell, das sich wortwörtlich aus der Theorie in die Praxis umsetzen ließe. Die Demokratie stellt deshalb in ihren Parlamenten rationale Spielräume bereit, in denen sich Interessengegensätze und Kontroversen öffentlich austragen — vor den Augen des Wählers, der die Macht vergibt und entzieht.** Daß diese Parla-

mente sozial fortschrittlich funktionieren, hat sich bei uns in der Entwicklung von der gesetzlichen Einführung des Acht-Stunden-Tages bis zur Mitbestimmung gezeigt. Weitere Fortschritte sind mit dem Mandat des Wählers jederzeit möglich. Aber es ist selbstredend unbequemer, den Wähler aufzuklären und zu überzeugen als ihn in einer „Erziehungsdiktatur“ als Versuchskaninchen zu halten. Wie Ulbricht, Gomulka und Novotny.

Der Kongreß der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. 12. 1918 hat sich mit guten Gründen nicht für das unerprobte Räteystem, sondern für Wahlen zu einer Nationalversammlung entschieden. Diesen gewählten Räten, die der parlamentarischen Demokratie den Vorzug gaben, stand die kaum ermutigende Entwicklung des russischen Räteystems zur Diktatur vor Augen. Diese Entwicklung ist nach einem halben Jahrhundert Sowjetunion in das Stadium des Imperialismus eingetreten. 1918 schrieb Rosa Luxemburg: „Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll . . . Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.“

Die Räte (Sowjets) waren in Rußland nur die Vorstufe der Diktatur, der sie ein scheidendemokratisches Mäntelchen umzuhängen hatten. Über ihnen installierten Hochbürokratie, Ideologiepaffen und Militärs ihre Klassenherrschaft, die unter Stalin den linksfaschistischen Polizeistaat hervorbrachte. Milovan Djilas, damals Titos Stellvertreter in der jugoslawischen KP, bezeichnete 1950 „Stalins Staatskapitalismus“ im Hinblick auf den Sozialismus als „eine völlige Verneinung und einen Rückfall besonderer Art“. Die Beseitigung von jeder Form der Ausbeutung und Unterdrückung, die der oberste Zweck der euro-

päischen Arbeiterbewegung war und bleibt, ist im Sowjetsystem hinter den sozialreformerischen Entwicklungen in den westlichen Demokratien zurückgeblieben. Josef Smrkovsky, der tschechoslowakische Parlamentspräsident, stellte im Frühjahr dieses Jahres vor dem Zentralkomitee der KP seines Landes fest: „Heute haben nicht einmal unsere neuesten Betriebe ein solches Arbeitsmilieu, wie es sich die Arbeiter in einigen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern erkämpft haben. Und unsere Arbeiterklasse hat im Durchschnitt ein niedrigeres Lebensniveau als in jenen westeuropäischen Staaten, mit denen wir nach dem Kriege auf der gleichen, wenn nicht auf einer besseren Ausgangsposition begonnen haben.“

Ein halbes Jahrhundert Sowjets — was sind die Spesen, wo ist der Erfolg? Ulbricht hat die letzte Entartung dieses Systems vorgeführt, als er die Berliner Mauer errichtete und damit alle DDR-Staatsangehörige zu staatlichen Leibeigenen machte. Auf Leibeigene darf geschossen werden, wenn sie das Staatsgebiet verlassen wollen.

Wir wissen, welchen Staat wir erhalten wollen, weil er unsere konkreten Freiheiten und Rechte am besten garantiert. Wir wollen diesen parlamentarisch geregelten Kampf um den Fortschritt erhalten. Keine Rede davon, daß der Staat, so wie er ist, ein für alle Mal konserviert werden soll. Das erzwingen auf der rechten Seite Faschisten und auf der anderen Seite manche sich wie Faschisten gebärdende Linksextremisten, die den Staatsbürger für ihre zweifelhaften Dressurakte mißbrauchen wollen. Bei uns wird nichts erzwungen, auch nicht das Räteystem, das seine Leistungsschwäche in der Sowjetunion so tragisch nachgewiesen hat. **Was wir brauchen, sind Reformen. Eine Reform des Parlaments, die seine Kontrollfunktion stärkt. Und ein weitgefächertes System von Mitbestimmung und Mitverantwortung in allen wesentlichen Lebensbereichen der Gesellschaft.** Das ist in Arbeit. Dieser Arbeit wollen sich nur Romantiker entziehen. Unsere Revolution findet in den gewählten Volksvertretungen statt. Ohne blutige Irrwege.

Wohin mit dieser NPD?

Von Jochen Willke

„Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, kurz NPD genannt, soll möglicherweise verboten werden. Entsprechende Pläne stehen in Bonn zur Diskussion, nachdem die Wahlrechtsreform, mit deren Hilfe man einen Einzug des Rechtsradikalismus in den Bundestag notfalls hätte verhindern können, bis auf weiteres vertagt worden ist. Doch was wäre mit einem solchen Verbot gewonnen? Vor allem: Würde es mehr bewirken als lediglich die Fernhaltung der NPD vom Bundesparlament? **Und hätten wir durch das Verbot die Chance, jene nationalistischen Geister, die da gerufen wurden, wieder los zu werden? Allein darum geht es: die Gefahren zu beseitigen, die unserer Politik durch rechtsradikale oder faschistisch gefärbte Strömungen drohen.**

Alle Prognosen für den Wahlkampf 1969 behaupten, daß die NPD in den Bundestag kommen wird. Man spricht sogar von einigen Dutzend Abgeordneten. Mit anderen Worten: Wenn wir die politische Entwicklung in unserem Land nicht radikal zu ändern versuchen, tritt Ende nächsten Jahres genau das ein, wovon man im Inland wie im Ausland seit langem warnt, nämlich die Wiederauferstehung alldeutscher, völkischer und nationalistischer Ideen innerhalb der offiziellen Bonner Politik. In einem solchen Fall müßten wir nicht nur von seiten der Sowjetunion mit Unfreundlichkeiten rechnen.

Dies in erster Linie ist der Hintergrund für die im Innenministerium angestellten Überlegungen, die sehr zweifelhafte Verfassungstreue der NPD und damit die Verbotsmöglichkeiten zu überprüfen. Skeptiker werden freilich fragen, ob es dazu nicht schon zu spät ist und ob ein Verbot jetzt nicht genau das Gegenteil dessen bewirken würde, was man sich von ihm verspricht: statt einer Eindämmung des Rechtsradikalismus

mus ein weiteres Aufflammen. **Und überhaupt, wichtiger als die Beseitigung eines äußeren Schönheitsfehlers, also die Verhinderung von NPD-Mandaten im Bundestag, erscheint mir die Vernichtung der inneren Ursachen dafür, also die systematische Bekämpfung der nationalistischen und faschistischen Wiederbelebungsversuche, wo immer sie unternommen werden.** Nur dann nämlich sind wir in der Lage, die Bundesrepublik friedlich und fortschrittlich in die Zukunft zu führen.

Man kann nur davor warnen, in einem Verbot der NPD das Allheilmittel gegen Neonazismus und Nationalismus zu sehen. Selbst eine wirksame organisatorische Lahmlegung dieser Partei würde an der traurigen Tatsache nichts ändern, daß große Teile unserer Politik nationalistisch infiziert sind. Als Nationalismus und deutschnationale Phrasen in den sechziger Jahren wieder salonfähig wurden in der politischen Argumentation, steckte die heute so populäre NPD noch in ihren ersten Anfängen. Und die Parteien — die eine mehr, die andere weniger — haben während der Bundestagswahlen von 1965 unendlich viel dazu beigetragen, daß eine neue nationalistische Welle unser Land ergreifen konnte. **Die NPD hat den Nationalismus weder erfunden noch wiederentdeckt. Sie brauchte nur auf die Vorarbeiten zurückzugreifen, die in Parteien, Landsmannschaften, den Flüchtlingsverbänden und in anderen Organisationen in dieser Hinsicht bereits geleistet wurde, sie brauchte dem Kessel nur Luft zu geben, um das Feuer anzufachen. Auch außerhalb der NPD gibt es in der Bundesrepublik Nationalismus, Rassismus, Nazismus und völkische Deuschtümelei.**

Als Innenminister Ernst Benda kürzlich aus Israel zurückkehrte, sprach er von der für unsere Außenpolitik nieder-

schmetternden Wirkung der Listenverbindung von CDU, FDP und SPD mit der NPD in einigen niedersächsischen Gemeinde-Wahlbezirken. Er nannte die Listenverbindung „töricht“, was sie zweifellos ist. Dennoch wählte er einen falschen Ausdruck. Mit der Bezeichnung „töricht“ verharmloste er das gefährliche Wahlbündnis, so wie in weiten Kreisen der CDU/CSU und überhaupt in bestimmten bürgerlichen Schichten seit Jahren das Vorhandensein der NPD und das Wiederaufleben des Nationalismus verharmlost wird. Meiner Kenntnis nach ist das mit ein Grund dafür, warum NPD, Rechtsradikalismus und Nationalismus so lange toleriert wurden, bis sie uns über den Kopf zu wachsen drohen. **Für alles, was rechts steht und sich national nennt, hat man bei uns trotz blutiger Erfahrung immer noch eine seltsame Schwäche.**

Bevor man also den sicher berechtigten Antrag an das Verfassungsgericht in Karlsruhe stellt, die NPD wegen verfassungsfeindlicher Aktivität zu verbieten, sollte man sich in Bonn vor Augen halten, wie es zu dieser Fehlentwicklung unserer Politik gekommen ist und wo, unabhängig vom nationaldemokratischen Parteiapparat, die Schuldigen zu suchen sind. Ein großes Sich-an-die-Brust-klopfen müßte dann anheben. Das jedenfalls soll hier gesagt werden: Ohne Abkehr von beliebigen nationalistischen Redewendungen bei politischen Veranstaltungen, ohne Verzicht auf bestimmte Verbände und Organisationen, die bisher amtlich gefördert wurden, ohne Bändigung nationaler Emotionen bei den rechten Flügel Männern der Parteien ist jeder Kampf und jede Maßnahme gegen die NPD zum Scheitern verurteilt. **Der Ungeist ist es, der beseitigt werden muß, und der herrscht auch außerhalb der NPD.**“ (Gastkommentar im „Vorwärts“ 26. 9. 1968).

Neue Tatsachen über Oradour

„Paris, 13. Oktober — die französische Regierung hat sich entschlossen, über die Bundesregierung auf einen Strafprozeß gegen den ehemaligen SS-General Lammerding zu drängen. Als Anführer der einstigen SS-Division „Das Reich“ ist Lammerding nach Überzeugung der französischen Behörden verantwortlich für die von seinen Truppen in den französischen Ortschaften Oradour und Tulle begangenen Greuel-taten. Vor der Pariser Nationalversammlung kündigte der Staatssekretär des Außenministeriums, de Lipkowski, einen Vorstoß der französischen Regierung in Bonn an, mit dem Ziel, vor dem Ablauf der Verjährungsfrist für Kriegsverbrechen am 31. Dezember 1969 gegen den früheren SS-General ein Strafverfahren in Gang zu bringen.

De Lipkowski berief sich dabei auf neueste Forschungsergebnisse, die Lammerdings persönliche Verantwor-

tung für die Massaker von Oradour und Tulle im Juni 1944 bewiesen. Lammerding, der von einem französischen Militärgericht nach dem Krieg in Abwesenheit dreimal zum Tode verurteilt worden ist, jedoch nach deutschem Recht nicht ausgeliefert werden kann, lebt in Düsseldorf.

„Es ist erschütternd“, so erklärte der Staatssekretär am Quai d'Orsay vor der Nationalversammlung, „daß die Justiz die finstersten Verbrechen nicht zu fassen bekommt; tatsächlich leben General Lammerding und andere Kriegsverbrecher in Westdeutschland auf freiem Fuß.“ Lammerding habe sich nach dem Krieg lange Jahre verborgen gehalten. Erst 1958 sei seine Spur wieder aufgefunden worden. Nach Ansicht der französischen Regierung gebe es heute juristische Handhaben, um ein Verfahren gegen Lammerding und mehrere weitere Verantwortliche in der Bundes-

republik in Gang zu bringen. Die Pariser Regierung teilte nicht die Auffassung der Bundesregierung, daß der sogenannte Überleitungsvertrag von 1954 die Wiederaufnahme eines vor alliierten Gerichten abgeschlossenen Kriegsverbrecherprozesses immer noch verbiete. Der sozialistische Abgeordnete Montalat wies vor der Kammer in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es beispielsweise der israelischen Regierung gelungen sei, in der Bundesrepublik drei seinerzeit von französischen Gerichten zum Tode verurteilte Kriegsverbrecher erneut vor Gericht stellen zu lassen.

Lammerding bestreitet hartnäckig, mit den Erschießungen und dem Henken Dutzender von Geiseln aus der Zivilbevölkerung zu tun zu haben, die von Angehörigen der SS-Division „Das Reich“ in der zentralfranzösischen Provinzstadt Tulle und in dem Dorf Ora-

dour vorgenommen wurden. Oradour wurde am 10. Juni 1944 dem Erdboden gleichgemacht, nachdem die SS-Leute die gesamte Zivilbevölkerung einschließlich der Kinder des Dorfes ermordet hatten — als Vergeltung für eine angebliche Unterstützung der französischen Widerstandsbewegung. Lammerding erklärte sich unzuständig, da er zum fraglichen Zeitpunkt gar nicht in Oradour gewesen sei. Eine kürzlich in Frankreich erschienene Untersuchung des Historikers Jacques Delarue über Dunkle Affären und Verbrechen während der Besetzung hat jedoch nach Ansicht der Pariser Regierung mehrere neue Gesichtspunkte erbracht, die bis-

her unbekannt waren und für die volle Verantwortlichkeit Lammerdings für die Mordtaten sprechen. Lammerding selbst lebt in gutbürgerlichen Verhältnissen in Düsseldorf und hat in Deutschland keinen Tag Straftat absitzen müssen.

Der für seine europäische und deutschfreundliche Gesinnung bekannte Staatssekretär de Lipkowski erklärte vor der Nationalversammlung, es gehe Frankreich keineswegs darum, den Geist der Vergeltung wachzuhalten, aber es müsse für Gerechtigkeit gesorgt werden. Der Abgeordnete Montalat, Bürgermeister der Stadt Tulle, wo die SS seinerzeit wahllos Geiseln aus der Zivilbevölkerung aufhängte, zeigte

Verständnis für die schwierige Lage der Bundesregierung, die mit dem negativen Propagandaeffekt eines Kriegsverbrecherprozesses zu kämpfen hätte „Aber ein öffentlicher Prozeß“, so rief Montalat aus, „der die von einigen großen Kriegsverbrechern verübten Grausamkeiten ans Licht bringt, würde eine ausgezeichnete Gegenwirkung ausüben.“ Unter dem Beifall der Abgeordneten versicherte Montalat, die Stadt Tulle bemühe sich gerade um eine Patenschaftsbeziehung zu einer deutschen Stadt. Man könne zwar vergeben: „Aber wir können es nicht vergessen.“

(Südd. Ztg. [Arnsperger] 14. 10. 1968)

Um die Verjährungsfristen

Der Bundesminister der Justiz, das Mitglied des Vorstandes der SPD, Dr. Dr. Gustav Heinemann, gewährte der Wochenzeitung „Vorwärts“ nachstehendes Interview:

Frage: Herr Minister, in Teilen der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, als bliebe der Gesetzentwurf, mit dem die Verjährungsfrist für Mord verlängert oder gar aufgehoben werden soll, auf Veranlassung der Sozialdemokratischen Partei vorerst in den Schubladen des Justizministeriums. Das hätte möglicherweise die Folge, daß alle NS-Mordverbrechen am 31. Dezember 1969 verjährten — wenn nicht im Einzelfall durch richterliche Handlung die Verjährung unterbrochen wird.

Antwort: Ich glaube kaum, daß in der Öffentlichkeit tatsächlich der Eindruck entstanden ist, eine Gesetzgebungsinitiative zwecks Aufhebung der Verjährung für Mord und Völkermord unterbleibe auf Veranlassung der SPD. Vielmehr ergibt sich aus den Berichten in Presse und Funk wohl recht deutlich, daß es die anderen im Bundestag vertretenen Parteien sind, welche Beden-

ken gegen eine schnelle Änderung der Verjährungsvorschriften haben. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion würde einer Änderung der Verjährungsvorschriften zustimmen. Es erscheint aber wenig sinnvoll, eine Gesetzesvorlage einzubringen, bevor nicht begründete Aussichten zu ihrer Annahme durch Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat bestehen.

Es ist richtig, daß nach der derzeitigen Rechtslage alle NS-Mordverbrechen am 31. 12. 1969 verjährten werden, sofern nicht im Einzelfall durch richterliche Handlung gegen einen Beschuldigten die Verjährung unterbrochen worden ist.

Frage: Nach einem Konventionsentwurf der UNO soll allen Staaten der Weltorganisation empfohlen werden, die Strafverfolgung von Völkermord, von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit von der Verjährung auszuschließen. Wäre es da nicht klug und richtig, dem Entwurf durch eigene Initiativen vorzuzukommen, bevor die Weltmeinung Bonn zum Beitritt womöglich zwingt?

Antwort: In der Tat glaube ich, daß es klug wäre, wenn die deutsche Gesetzgebung einer UN-Konvention zuvorkäme. Zwar ist noch nicht sicher, ob eine Konvention in diesem Jahr verabschiedet werden wird. Andererseits gehen einige Initiatoren der Konvention von der sehr bezweifelbaren Vorstellung aus, es sei seit jeher geltendes Völkerrecht, daß Mord und Völkermord nicht verjährten könnten. Es gibt nämlich zahlreiche Staaten, die — wie das deutsche Recht — auch für Mord eine Verjährung kennen.

Die Annahme der UN-Konvention könnte die Forderung auslösen, auch die Verfolgung bereits verjährter Verbrechen wieder aufzunehmen. Ein solches Wiederaufleben der Strafverfolgungsbefugnis wäre mit den Grundsätzen unserer Verfassung nicht zu vereinbaren. Wenn wir rechtzeitig die Verjährung noch nicht verjährter Mordtaten verhindern, werden wir uns um so leichter gegen die Zumutung zur Wehr setzen können, einen bereits verjährten Strafanspruch wieder aufleben zu lassen.

WAHLRECHT = WAHLPFLICHT

Demokraten beweist bei den Kommunalwahlen Verantwortungsbewußtsein. Wählt eine der drei demokratischen Parteien, die seit Jahren zum Wohle der Bevölkerung wirken.

Erteilt den rechts- und linksradikalen Parteien und sonstigen Splittergruppen eine klare, deutliche Absage.

Der Bundesvorstand



Mitteilungen des Bundes- vorstandes

1. Der Bundesvorstand hat beschlossen, die **nächste Bundeskonferenz** im Jahre 1969 nach der Bundestagswahl in **Bremen** durchzuführen.
2. Die auf der Bundeskonferenz in Frankfurt beschlossene „Politische Kommission“ wird in Kürze unter der Leitung des Kameraden Sabais, Darmstadt, zusammentreten. Besondere Einladung ergeht rechtzeitig.

Aus den Ortsvereinen

BADEN-WÜRTTEMBERG

Heidelberg

Ehemalige Kameraden und neue Freunde wenden sich wegen Mitgliedschaft an Max Franke, 69 Heidelberg, Langgarten 21.

Sindelfingen

Neue Freunde und ehemalige Kameraden melden sich wegen der Mitgliedschaft bei Heinz Albert, 7032 Sindelfingen, Leonberger Straße 153. Auch zuständig für die Kreise Böblingen und Leonberg.

BAYERN

München

Ehemalige Kameraden und neue Freunde wenden sich wegen Mitgliedschaft an einen der nachstehenden Kameraden: Andreas Ritz, 8 München, Dietsramszeller Platz 7/1; Georg Graninger, 8 München 23, Leopoldstraße 80; Franz Angermeier, 8 München 80, Welstenholzener Straße 16.

FRANKEN

Nürnberg

Ehemalige Kameraden und neue Freunde wenden sich bitte zwecks eines kameradschaftlichen geselligen Beisammenseins an einen der folgenden Kameraden: W. Riepekohl, 85 Nürnberg, Wiesenstraße 186; Walter Benkert, 85 Nürnberg, Frauentorgraben 43; Hugo Friedrich Müller, 85 Nürnberg, Glogauer Straße 9.

HESSEN

Die Sitzung des Vorstandes des Landesverbandes Hessen findet am 26. Oktober 1968 im Haus „Dornbusch“ in Frankfurt statt.

Die Einladungen mit Tagesordnung sind jedem Mitglied des Landesvorstandes zugegangen.

Offenbach

Die Versammlung des Ortsvereins am 3. Oktober war mit einer lebhaften Diskussion verbunden, mit dem Ergebnis folgender Antragsformulierungen an den Bundesvorstand:

1. Unabhängig von der Notwendigkeit, ein Verbot der NPD durchzusetzen, ergeht die Aufforderung an die demokratischen Parteien, eine gemein-

same Plattform zu finden, um mit allen politischen Mitteln die Ideologie des Neonazismus in der Bundesrepublik zu überwinden.

2. An den Bundesvorstand ergeht die Aufforderung, zur bevorstehenden Wahl des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland an die demokratischen Parteien zu appellieren, als Kandidaten für diese innen- und außenpolitisch so wichtige Repräsentation nur Persönlichkeiten vorzuschlagen, die eine makellose demokratische Vergangenheit wie auch eine mutige, politisch profilierte Haltung garantieren.

Einladungen für die November-Versammlung werden nach der Kommunalwahl schriftlich zugestellt und im Veranstaltungskalender der „Offenbach-Post“ veröffentlicht.

Alle Anfragen und Vorschläge an den Ortsvereinsvorsitzenden Walter Kaiser, 605 Offenbach, Schumannstraße 74, Telefon 88 55 58.

Während der von dem SDS im Stile von Rockerbanden inszenierten Kravalle vor der Frankfurter Buchmesse und vor der Paulskirche, wovon unter anderem auch Außenminister Brandt, der hessische Ministerpräsident Zinn und der israelische Botschafter betroffen wurden, sind vier Frankfurter Polizisten verletzt worden.

Der Offenbacher Ortsverein des Reichsbanners hat diesen Polizisten, die zum Teil stationär behandelt werden mußten, ein Präsent mit dem Ausdruck der Solidarität überreichen lassen. Der Ortsvorstand gab außerdem öffentlich in der Presse seiner Meinung Ausdruck, daß eine derartige Ausweitung demokratischer Freiheit in anarchistische Orgien die Gefahr einer neuen Diktatur in sich birgt.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Am 28. September 1968 wurde in einer gutbesuchten Konferenz in Leverkusen der **Landesverband Nordrhein-Westfalen** konstituiert. In einer ganztägigen Beratung wurden alle politischen und organisatorischen Fragen über die bisherige und künftige Arbeit im Lande ausgiebig behandelt. Bis zur Wahl eines Landesvorstandes, entsprechend den Bundessatzungen, wurde ein Arbeitsausschuß gewählt, der mit den Rechten und Pflichten eines Landesvorstandes die Geschäfte führt. Vorsitzender wurde August Kerger, Bonn und Stellvertreter Josef Karp, Leverkusen. Hinzu kommen 6 weitere Kameraden. Der Ausbau der Organisation, die Bildungs- und Informationsarbeit, die Jugendarbeit und die Bildung von bestimmten Neigungsgruppen wird den Arbeitsausschuß in den kommenden Monaten eingehend beschäftigen. Nähere Mitteilungen durch Rundschreiben.

Bonn

Am Samstag, 19. Oktober 1968, 19 Uhr, Werbeversammlung im „Bonner Bürgerverein“. Es spricht das Mitglied des Bundesvorstandes, Stadtrat **Sabais, Darmstadt**, zum Thema: „**Die Republik braucht aktive Demokraten**“.

Krefeld

Alle ehemaligen Kameraden und neue Freunde, die dem Bund wieder beitre-

ten wollen, wenden sich an den Ortsvereins-Vorsitzenden Albert Machost, 415 Krefeld, Prinzenbergstraße 111, Telefon 6 43 95.

Leverkusen

Zur nächsten Mitgliederversammlung wird besonders eingeladen. Neue Freunde melden sich bei Josef Karp, Ortsvereinsvorsitzender, 509 Leverkusen, Petersbergstr. 41, Telefon 7 13 62.

Solingen

Meldungen von ehemaligen Kameraden und neuen Freunden an Karl Viggen, 565 Solingen-Merscheidt, Blücherstr. 35.

Ratingen

Alle Zuschriften zur Wiedergründung des Ortsvereins bzw. eines Stützpunktes an W. Kaynig, 403 Ratingen, Am Ostbahnhof 10.

Wuppertal

Alle Zuschriften zur Wiedergründung des Ortsvereins an W. Kluge, 56 Wuppertal-Elberfeld, Uellenbergplatz 4.

Dortmund

Ehemalige Kameraden und neue Freunde aus den Reg.-Bez. Münster und Arnsberg melden sich bei Paul Höbener, 46 Dortmund, Bruderweg 9, Telefon 52 76 88/99.

Paderborn

Neue Freunde melden sich beim Stützpunktleiter Josef Weiß, 479 Paderborn, Ansgarstraße 26.

Düsseldorf

Frühere Kameraden und neue Freunde wenden sich an Dr. Middelhaufe, 4 Düsseldorf-Oberkassel, Kaiser-Friedrich-Ring 68, Telefon 5 22 64.

Leichlingen

Leiter des neuen Stützpunktes ist Herbert Grafe, 5672 Leichlingen, Grafenberger Weg 9.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Ehemalige Kameraden und neue Freunde wenden sich wegen Mitgliedschaft an Walter Jansen, 32 Kronshagen über Kiel, Steindamm 1c, Telefon 0431/5 39 46.

WESER-EMS

Ehemalige Kameraden und neue Freunde wenden sich an die Geschäftsstelle: 28 Bremen, Plettenberger Weg 18, Landesvorsitzender Dieter Westermann, Telefon 0421/44 07 33.

Das Reichsbanner

Offizielles Organ des Reichsbanners
**Schwarz-Rot-Gold,
Bund aktiver Demokraten e. V. und
des Freiheitsbundes e. V., Berlin**
Nr. 10 · Oktober 1968 · 12. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Bundesvorstand, 6 Frankfurt am Main, Reineck-
straße 7, Telefon: (0611) 29 41 61.

Verantwortlicher Redakteur: August Kerger,
53 Bonn, Nikolausstraße 17/II,
Telefon: (0221) 2 97 15.

Druck u. Verlag: Alfred Ludwig & Sohn OHG,
6 Frankfurt a. M., Löwengasse 27, Tel.: 45 44 55
Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar. — Für unverlangte Manuskripte, denen wir Rückporto beizufügen bitten, keine Gewähr. Alle Manuskripte und sonstige Leserzuschriften sind an die Redaktion: 53 Bonn, Nikolausstraße 17, zu richten.